

Britisches Gesundheitsministerium will Geschlechtswahl verbieten lassen

Die britische Gesundheitsministerin Caroline Flint kündigte an, dass sie der Regierung empfehlen werde, ein Gesetz gegen die vorgeburtliche Geschlechtswahl zu erlassen. Im Rahmen einer Begutachtung des „Human Fertilisation and Embryology Acts“ von 1990 habe das Gesundheitsministerium eine Vielzahl von Anhörungen durchgeführt, in denen sich zeigte, dass die überwiegende Mehrheit britischer Ärzteverbände und Patientenorganisationen moralische Einwände dagegen hätten, dass sich Eltern das Geschlecht ihrer künftigen Kinder aussuchen können. Eine präkonzeptionelle Geschlechtswahl mit Hilfe der Präimplantationsdiagnostik (PID) oder der zytometrischen Spermioseparation (MicroSort) solle ausschließlich zur Verhinderung schwerwiegender, geschlechtsgebundener Erkrankung gestattet sein.

Eine vom House of Commons eingesetzte Kommission hatte sich im Frühjahr 2005 dafür ausgesprochen, dass die vorgeburtliche Geschlechtswahl auch zum sogenannten „family balancing“ zugelassen sein sollte. Danach hätten Paare, die zwei oder mehr Kinder desselben Geschlechts haben und gern noch ein Kind des jeweils anderen Geschlechts hätten, von der PID oder MicroSort Gebrauch machen dürfen, um sich ihren Wunsch nach einem Sohn oder einer Tochter zu erfüllen. In dem zuweilen als „Frankenstein Report“ verunglimpften Bericht „Human Reproductive Technologies and the Law“ hieß es, dass „es keine hinreichende Rechtfertigung für ein gesetzliches Verbot der vorgeburtlichen Geschlechtswahl gibt.“

Caroline Flint begründete ihre Empfehlung für ein gesetzliches Verbot mit dem Hinweis, dass man den Anfängen wehren müsse. Wenn man Eltern erst einmal erlaube, das Geschlecht ihrer Kinder zu wählen, würden sie schon bald deren Haarfarbe, Körpergröße oder Intelligenz wählen wollen. Der Gesetzgeber müsse mit einem klaren Verbot der Geschlechtswahl ein Zeichen dafür setzen, dass er bereit sei, dem gefährlichen Trend zur Entwicklung von Designer Babys rechtzeitig Einhalt zu gebieten.

Liberal-Demokrat Dr. Evan Harris, der dem vom House of Commons eingesetzten „Select Committee on Science and Technology“ angehört, warf dem

Gesundheitsministerium vor, vollkommen unbegründete Ängste zu schüren. Es sei nicht möglich und werde vermutlich auch nie möglich sein, Embryonen nach ihrer späteren Attraktivität oder Intelligenz auszuwählen. In einem Interview mit der BBC sagte er: Abgesehen von dem Widerwillen einiger Interessengruppen habe Mrs. Flint kein einziges Argument vorgebracht, mit dem man es einer Mutter von drei Söhnen verwehren könnte, eine Präimplantationsdiagnostik in Anspruch zu nehmen, um endlich die lange ersehnte Tochter zu bekommen. „Der Staat sollte seinen Bürgern gute Gründe vorlegen, bevor er ihre reproduktive Freiheit zu beschneiden sucht.“

Das Parlament wird jetzt zu entscheiden haben, ob die vorgeburtliche Geschlechtswahl gesetzlich erlaubt oder verboten werden soll.

Links:

http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/5172602.stm

<http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200405/cmselect/cmsctech/7/7i.pdf>

<https://centres.hfea.gov.uk/AboutHFEA/Consultations/Final%20sex%20selection%20main%20report.pdf>